

# Die Klimakrise als Gerechtigkeitskrise



**Der sechste IPCC Sachstandsbericht zeigt deutlich: Wir sind dabei unsere letzte Chance auf eine lebenswerte Zukunft zu verspielen.**

Genf. Am 28.02.2022 wurde der Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe II unter dem Titel „Klimawandel 2022: Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit“ veröffentlicht. Der Bericht erscheint im Schnitt alle sechs Jahre und unterteilt sich in verschiedene Arbeitsgruppen. Darin fasst der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) den aktuellen Stand der Forschung zusammen und bewertet diese, insbesondere als Handlungsgrundlage für Entscheidungsträger:innen. Der neueste Bericht legt einen Schwerpunkt auf soziale Folgen der Klimakrise und macht die fehlende Übersetzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in konkrete politische Maßnahmen deutlich.

## **Das Zeitfenster schließt sich**

*„Wir haben kaum noch eine Wissenslücke – wir haben eine massive Umsetzungslücke.“*, stellt Prof. Dr. Hans-Otto Pörtner, Co-Vorsitzender der IPCC Arbeitsgruppe II, fest. Die Klimakrise kann nicht losgelöst von dem Verlust der Artenvielfalt und sozialen Problematiken betrachtet und angegangen werden. Auch gilt es konkrete Maßnahmen nicht nur auf Klimaschutz zu beschränken, sondern Anpassungen an zunehmende Klimafolgen mitzudenken.

## **Radikales Handeln statt leerer Worte**

*„Der neue IPCC Bericht bestärkt uns in unserem Kampf für Klimagerechtigkeit. Die Klimakrise als eine rein ökologische Krise zu behandeln ist völlig naiv.“*, so Rahel Meier, 22, Bundespressesprecherin von Students for Future. Schon jetzt sind die Folgen der Klimakrise spürbar, besonders für Menschen im sogenannten globalen Süden. Doch auch in Deutschland hat uns das letzte Jahr gezeigt, welche katastrophalen Zustände die eskalierende Klimakrise hinterlässt. *„Es kann nicht sein, dass unsere Regierung ein Klimaschutzgesetz entwirft, in dem nur eine längst nicht ausreichende Reduktion von Treibhausgasen bis 2030 festgelegt wird, während die Wissenschaft uns deutlich sagt: Was wir in diesem Jahrzehnt nicht schaffen, verpassen wir ganz einfach!“*, sagt Maren Solmecke, 23, Aktivistin und Studentin aus Bochum. Eine solche Überforderung, wenn es um konkrete Maßnahmen im Umgang mit der Klimakrise geht, zeigt sich nicht nur in der Politik, sondern auch in der breiten Kommunikation dieser Krise. Insbesondere in Bildungseinrichtungen wird der Klimakrise immer noch nicht die Bedeutung und Dringlichkeit beigemessen, die sie gerade für heranwachsende Generationen hat.

## **Für Rückfragen:**

Rahel Meier

+49 176 8270 8760

rahel.meier@posteo.de